

Antwort der AfD



Achtung: die AfD wird vom Verfassungs-schutz beobachtet.
Sie ist in Teilen rechts-extrem.

Dass die AfD gefährlich ist, steht hier:

[https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/Redaktion/Publikationen/Leichte Sprache/Warum ist die AfD gefaehrlich LS.pdf](https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/Redaktion/Publikationen/Leichte_Sprache/Warum_ist_die_AfD_gefaehrlich_LS.pdf)

Die AfD ist eine Partei und kann gewählt werden.

Sie tritt zur Land-tags-wahl in Mecklenburg-Vorpommern an.

Darum haben wir unsere Fragen auch an die AfD gestellt.



Von den Antworten waren wir verwirrt.

Darum haben wir die Antworten der AfD ganz genau angeschaut.

Wir haben auch das Programm der AfD zur Landtags-wahl angeschaut.

Und wir haben das Grund-satz-programm der AfD angeschaut und mit den Antworten verglichen.

Auf der linken Seite in blau lest ihr, was die AfD auf unsere Frage geantwortet hat.

Auf der rechten Seite in gelb lest ihr, was uns verwirrt hat und was die AfD an anderer Stelle sagt.

Wir finden es toll, dass ihr euch informieren wollt.

Euer Arbeits-kreis Öffentlichkeit vom LAK

Antworten der AfD – „Alternative für Deutschland Mecklenburg-Vorpommern“

1. Frage:

Was unterscheidet Ihre Partei beim Thema Inklusion und Teilhabe von Menschen mit Behinderung von anderen Parteien?

Antwort AfD	Erklärung
Wir unterscheiden uns von anderen Parteien dadurch, dass wir Inklusion und Teilhabe nicht als ideologisches Projekt verstehen, sondern als konkrete Verpflichtung zur Umsetzung der Rechte von Menschen mit Behinderung.	Ein rechts-extremer AfD Politiker aus Thüringen, Björn Höcke hat Inklusion im Jahr 2023 ein „Ideologie-projekt“ genannt. Inklusion ist aber ein Menschen-recht. Alle sollen die gleichen Rechte haben, egal woher sie kommen oder ob sie eine Behinderung haben oder nicht. Menschen mit Behinderung sollen mitmachen und dafür Unterstützung bekommen. Das steht auch in unserem Grund-gesetz. Wenn man Inklusion ein Ideologie-projekt nennt, dann sagt man damit: Menschen sind unterschiedlich. Darum sollen sie auch unterschiedlich behandelt werden. Ein Mensch mit Behinderung kann nicht das gleiche wie ein Mensch ohne Behinderung. Das wird sich auch nicht ändern. Die AfD hat uns geantwortet, dass sie Inklusion nicht als „ideologisches Projekt“ sieht. Damit widerspricht sie dem Grundsatzprogramm der AfD.

Grundlage dafür ist die **UN Behindertenrechtskonvention (UN-BRK)**, die seit 2009 in Deutschland gilt.

Sie schafft keine Sonderrechte, sondern konkretisiert die universellen Menschenrechte aus der Perspektive von Menschen mit Behinderung.

Für uns bedeutet das vor allem eines:

Jedem Menschen soll nach seinen Möglichkeiten bestmöglich geholfen werden.

Deshalb setzen wir auf individuelle Unterstützung statt auf starre ideologische Vorgaben.

Menschen mit Behinderung brauchen Anerkennung, Förderung und echte Perspektiven – in Schule, Ausbildung, Beruf und Gesellschaft.

Im Grund·satz·programm wird Inklusion nicht als Menschen·recht, sondern als „ideologisch motivierte Inklusion“ bezeichnet.¹

Damit unterscheidet sich die Partei wirklich von anderen Parteien. Die anderen Parteien haben Inklusion noch nie ein „Ideologie·projekt“ genannt.

Die **UN-BRK** ist ein internationaler Vertrag der Vereinten Nationen.

In der UN-BRK steht: Dass Menschen mit Behinderungen die gleichen Rechte und Chancen haben sollen wie alle anderen.

Uns antwortet die AfD, dass sie sich an die UN-BRK hält.

Die UN-BRK will aber, noch mehr Kinder mit Behinderung raus aus den Förder·schulen und rein in die allgemeinen Schulen bringen.

In ihrem „Regierungs·programm“ zur Land·tags·wahl schreibt die AfD genau das Gegenteil.

Außerdem sind in der UN-BRK alle Menschen mit Behinderung, egal welcher Art gemeint.

¹ Programm für Deutschland. Das Grundsatzprogramm der Alternative für Deutschland. (2016), S. 54.

Frage 2:

Wie werden Sie dafür sorgen, dass die Teilhabe für Menschen mit Behinderung in Mecklenburg-Vorpommern weiterentwickelt wird?

Wir wollen die **Teilhabe** von Menschen mit Behinderung in Mecklenburg-Vorpommern weiterentwickeln.

Der Maßnahmenplan 2.0 des Landes zur Umsetzung der UN Behindertenrechtskonvention muss stärker an den tatsächlichen Bedürfnissen der Betroffenen ausgerichtet werden.

Dazu gehören gute Bildungsangebote, passende Fördermöglichkeiten und bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt.

Teilhabe heißt: Menschen mit Behinderung sollen überall mit dabei sein. Ihre Meinung ist wichtig und muss beachtet werden.

Die AfD schreibt in ihrem Programm zur Landtags-wahl über die Teilhabe an Bildung: „Diese Schulen [Förder-schulen] wollen und werden wir deshalb dauerhaft erhalten und weiterentwickeln. Alle anderen Regelschulen sind so auszustatten, dass körperlich behinderte Kinder dort problemlos unterrichtet werden können.“

In Mecklenburg-Vorpommern gibt es keine Schulart mit dem Namen „Regel-schule“. Es gibt verschiedene allgemein-bildende Schularten.

Die AfD lehnt die jetzige Inklusion ab. Für Kinder mit Lern-behinderung, geistiger oder seelischer Behinderung sieht die AfD die Förder-schule vor.

Gemeinsam mit Betrieben und Sozialversicherungsträgern wollen wir Maßnahmen entwickeln, um die Beschäftigung **Schwerbehinderter** zu erhöhen.

Zudem setzen wir uns für einen angemessenen Nachteilsausgleich ein, etwa durch die Einführung eines Gehörlosengeldes analog zum Blindengeld.

Eine **Schwer·behinderung** ist zum Beispiel eine starke Schwer·hörigkeit, ausgeprägte Diabetes (Zucker·krankheit) oder wenn ein Bein fehlt.

Menschen mit Schwer·behinderung können oft auf dem allgemeinen Arbeits·markt arbeiten. Sie sind nicht erwerbs·gemindert.

Menschen, die in den Werkstätten arbeiten, sind voll erwerbs·gemindert. Das heißt, sie können nicht oder noch nicht auf dem allgemeinen Arbeits·markt arbeiten. Oft sind auch sie schwer·behindert.

Die AfD meint in ihrer Antwort nur die Schwer·behinderten, die auf dem allgemeinen Arbeits·markt arbeiten können.

Frage 3:

Was tun Sie dafür, dass Menschen mit Behinderung in der Gesellschaft sichtbarer werden?

Menschen mit Behinderung müssen sichtbarer Teil unserer Gesellschaft sein, im öffentlichen Leben, im Arbeitsmarkt und im Bildungsbereich.

Teilhabe bedeutet für uns nicht Gleichmacherei, sondern die Möglichkeit zur gleichberechtigten Teilhabe entsprechend der individuellen Fähigkeiten und Bedürfnisse.

Dazu gehört auch gesellschaftliche Anerkennung für unterschiedliche Bildungs- und Lebenswege.

Abschlüsse und Qualifikationen sind dafür unerlässlich, unabhängig davon, auf welche Weise gelernt wurde, wie Wissen angewendet wird oder an welchem Lernort Fähigkeiten erworben wurden.

Leistung und Engagement verdienen Anerkennung, auch wenn der Weg dorthin unterschiedlich aussieht.

Einige Fachleute sagen:

Die AfD zeigt sich oft freundlicher und harmloser, als ihre politischen Ziele sind.

So möchte sie mehr Menschen überzeugen, sie zu wählen.

Einige Fachleute und der Verfassungsschutz haben Sorgen.

Sie sagen:

Teile der AfD sind gegen wichtige Regeln der Demokratie.

Sie befürchten:

Wenn die AfD sehr viel Macht bekommt, könnten manche Menschen weniger Rechte haben.

Zum Beispiel Menschen mit einer anderen Meinung oder Menschen mit Behinderung, Menschen mit Migrationsgeschichte oder andere Minderheiten.

Frage 4:

Wie stehen Sie zu den anerkannten Werkstätten für behinderte Menschen?

Anerkannte Werkstätten für behinderte Menschen leisten für viele Betroffene unverzichtbare Arbeit.

Sie bieten nicht nur Beschäftigung, sondern oft auch Struktur, Stabilität und ein geschütztes Umfeld.

Gerade Menschen mit schwersten Behinderungen benötigen solche geschützten Räume, um entsprechend ihrer Möglichkeiten arbeiten und am gesellschaftlichen Leben teilhaben zu können.

Wenn dieses Umfeld auf dem ersten Arbeitsmarkt nicht gewährleistet werden kann, müssen entsprechende Projekte und Einrichtungen unbedingt erhalten bleiben.

Gleichzeitig dürfen Werkstätten keine Sackgasse sein.

Dort, wo Menschen den Übergang auf den allgemeinen Arbeitsmarkt schaffen können und wollen, muss dies aktiv unterstützt werden.

Die AfD sagt, dass der allgemeine Arbeitsmarkt so ist, dass Beschäftigte aus den Werkstätten dort nicht gut arbeiten können.

Die AfD gibt keine Lösungen dafür, wie der Arbeitsmarkt sich ändern müsste.

Frage 5:

Was wollen Sie dafür tun, dass mehr Menschen mit Behinderung den Übergang auf den allgemeinen Arbeitsmarkt schaffen?

Wir wollen gemeinsam mit Unternehmen und zuständigen Sozialversicherungsträgern konkrete Maßnahmen entwickeln, um mehr Menschen mit Behinderung den Übergang in reguläre Beschäftigung zu ermöglichen.

Dazu gehören weniger Bürokratie, bessere Unterstützung beim Berufseinstieg und eine stärkere Sensibilisierung in den Betrieben.

Gleichzeitig erkennen wir an, dass nicht jeder Mensch denselben Weg gehen kann oder muss. Die UN-Behindertenrechtskonvention bedeutet eben auch, individuelle Lösungen zu ermöglichen und Menschen entsprechend ihrer Fähigkeiten bestmöglich zu fördern.

Individuelle Förderung heißt, dass jeder genau die Hilfe bekommt, die er benötigt. Das kostet Geld.

Die AfD schreibt in ihrem Programm zur Landtags-wahl, dass die Inklusion die Kosten für die Kommunen stark erhöht hat.

Die AfD hat viele Vorschläge, was sie in Mecklenburg-Vorpommern ändern will. Vieles davon wird sehr teuer werden. Es ist nicht klar, wie die AfD das bezahlen will.

Frage 6:

Welche konkreten Maßnahmen planen Sie für mehr Barrierefreiheit im ländlichen Raum.

Beim Thema Barrierefreiheit setzen wir klare Prioritäten.

Öffentliche Einrichtungen, Schulen und staatliche Angebote müssen so gestaltet sein, dass Menschen mit Behinderung sie möglichst selbstbestimmt nutzen können.

Gerade im Bildungsbereich ist Barrierefreiheit eine wichtige Voraussetzung für echte Teilhabe und Chancengleichheit.

Priorität bedeutet: Das ist am wichtigsten und muss zuerst erledigt werden.

Im Programm der AfD MV zur Landtagswahl kommen Menschen mit Behinderung in 3 Punkten vor.

Andere Themen, wie zum Beispiel Migration und Ausländer finden sich in 19 Punkten wieder.

In Mecklenburg-Vorpommern leben rund 400 Tausend Menschen mit Behinderung² und rund 125 Tausend ausländische Menschen.³

² Landesregierung MV, Stand: 31. Dezember 2024, online unter: https://www.regierung-mv.de/Landesregierung/sm/Service/Presse/?id=216300&pager.items.offset=2430&pager.page.nr=243&utm_source=chatgpt.com

³ Statistisches Bundesamt, Stand 31. Dezember 2025, online unter: https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Migration-Integration/Tabellen/migrationshintergrund-laender.html?utm_source=chatgpt.com

Frage 7:

Was sind für Sie die großen Herausforderungen in Mecklenburg-Vorpommern in den nächsten Jahren?

Die großen Herausforderungen in Mecklenburg-Vorpommern sind aus unserer Sicht der demografische Wandel, die Sicherung der medizinischen Versorgung, der Fachkräftemangel und gleichwertige Lebensverhältnisse zwischen Stadt und ländlichem Raum.

Hinzu kommt die Frage, wie Teilhabe im Bildungsbereich sinnvoll gestaltet werden kann.

Die UN Behindertenrechtskonvention verpflichtet dazu, Teilhabe im Bildungssystem zu ermöglichen.

Gleichzeitig muss berücksichtigt werden, dass unterschiedliche Kinder unterschiedliche Förderbedarfe haben.

Deshalb halten wir es für falsch, Förderschulen vorschnell abzuschaffen.

Viele Eltern und Fachkräfte sehen weiterhin den Bedarf eigenständiger Förderangebote.

Dass aktuell noch mehrere tausend Schüler mit Förderschwerpunkt Lernen Förderschulen besuchen, zeigt, dass differenzierte Bildungsangebote weiterhin notwendig sind.

Uns antwortet die AfD, dass sie sich an die UN-BRK halten will.

Die UN-BRK will aber, dass Kinder mit Behinderung Hilfen bekommen, damit sie auch an den allgemeinen Schulen lernen können.

In ihrem „Regierungsprogramm“ schreibt die AfD auf Seite 28:

„Die von SPD und CDU politisch verordnete pauschale Inklusion, die auf eine Abschaffung der Förderschulen hinausläuft, hat in vielen Fällen sowohl die Chancen der zu fördernden Kinder als auch der übrigen Schüler verschlechtert und zugleich die Kosten und Herausforderungen für die Kommunen massiv erhöht.“

Auf der einen Seite antwortet uns die AfD, dass sie sich an die UN-BRK halten will.

Auf der anderen Seite schreibt die AfD das Gegenteil in ihr „Regierungsprogramm“.

Die AfD sagt also: Wenn nicht behinderte Kinder zusammen mit behinderten Kindern auf die gleiche Schule gehen, dann ist das für alle schlecht und es kostet viel Geld.

Die AfD möchte, dass Kinder mit Behinderung auf Förder-schulen gehen.

Es gab Untersuchungen, wie sich Inklusion auf das Lernen auswirkt.

In den Untersuchungen kam heraus:

Wenn Kinder mit und ohne Behinderung zusammen lernen, lernt niemand schlechter. Kinder mit Behinderung lernen sogar etwas besser. Kinder ohne Behinderung lernen gleich gut.⁴

Die AfD macht hier eine falsche Aussage, weil sie behauptet, dass die Inklusion an den Schulen für alle schlecht wäre.

⁴ Krämer, S., Möller, J., & Zimmermann, F. (2021). Inclusive education of students with general learning difficulties: A meta-analysis. *Review of Educational Research*, 91(3), 432–478. <https://doi.org/10.3102/0034654321998072>

Frage 8:

Wofür werden Sie sich persönlich einsetzen und stark machen?

Ein besonderer Schwerpunkt liegt für mich auf dem Abbau überbordender Bürokratie, auch im Bereich der Behindertenwerkstätten und sozialen Einrichtungen.

Das derzeitige Misstrauensumfeld führt vielfach dazu, dass wertvolle Zeit für Dokumentations- und Nachweispflichten verloren geht, statt den Menschen zugutekommen zu können, die Unterstützung benötigen.

Dieses Klima des Generalverdachts muss beendet und durch eine Vertrauensbasis ersetzt werden.

Betreuungsleistungen dürfen nicht länger zugunsten wachsender Papierberge verloren gehen.

Fachkräfte müssen wieder mehr Zeit für die Menschen haben und weniger Zeit mit Bürokratie verbringen.

Wir wissen nicht: Welcher AfD Politiker hat uns hier geantwortet.

Damit es Werkstätten geben kann, bekommen die Werkstätten Geld. Dieses Geld kommt von den Steuern der Menschen in Deutschland.

Damit das Geld nicht falsch eingesetzt wird, werden Nachweise verlangt. Es soll auch jeder Berechtigte das bekommen, was ihm zusteht. Dafür müssen Regeln eingehalten werden. Das ist Bürokratie.

Bürokratie ist wichtig, damit jeder das bekommt, was ihm zusteht und sich niemand etwas nimmt, was ihm nicht zusteht.

Zu viel Bürokratie, also zu viele Nachweise stören aber auch. Es dauert dann länger oder es wird umständlicher, bis man eine Leistung bekommt.

Ganz ohne Bürokratie geht es aber nicht.

Die AfD sagt:

Es gibt ein „Misstrauens·umfeld“ und einen „General·verdacht“. Das bedeutet, dass der eine dem anderen nicht traut.

Der Staat bekommt durch die Steuern Geld von den Bürgern. Dieses Geld muss der Staat gut verwalten. Darum braucht es auch Nachweise, dass das Geld richtig eingesetzt wird.